

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

2004 war für die Europäische Union ein entscheidendes Jahr: Die EU hat zehn neue Mitgliedstaaten aufgenommen, von denen die meisten ehemals dem realsozialistischen Lager angehörten. Seit 1989 haben diese Staaten einen erstaunlichen Transformationsprozess erlebt, der durch die EU-Beitrittsperspektive forciert wurde. Für Frauen und die Veränderung von Geschlechterverhältnissen haben diese Umwälzungsprozesse ambivalente Wirkungen gezeigt: Mit dem EU-Beitritt haben Frauen aus den mittel- und osteuropäischen Ländern auf Verbesserungen durch die verpflichtende Übernahme des *acquis communautaire* der EU, d.h. des EU-Rechts, und seiner Kodifizierung von Geschlechterverhältnissen gehofft. Frauen waren jedoch tatsächlich vielfach Verliererinnen der Transformation. Wenngleich es zu früh ist, um eine Bilanz des jüngsten Erweiterungsprozesses zu ziehen, sollen mit dem *Schwerpunkt* „Geschlechterpolitik nach der EU-Osterweiterung“, herausgegeben von *Gesine Fuchs* (Universität Basel) sowie *Eva Hinterhuber* und *Inga Karbstein* (Redaktion *femina politica*), doch erste Entwicklungen analysiert sowie eine notwendige Forschungsagenda dargelegt werden.

Die Beiträge von *Anke Thiel* sowie von *Carmen Klement* und *Brigitte Rudolph* zeigen anhand einschlägiger sozioökonomischer Daten, wie sich einerseits die Situation von Frauen in den neuen EU-Mitgliedstaaten verändert, v.a. auf dem Arbeitsmarkt aber auch hinsichtlich politischer und gesellschaftlicher Teilhabe. Sie zeigen zugleich, dass die neuen Mitgliedstaaten nicht als homogener „Ostblock“ zu betrachten sind, sondern Geschlechterverhältnisse im Transformations- und Beitrittsprozess durch vielfältige kulturelle und ideologische Faktoren geprägt werden. *Anna Holz* illustriert am Beispiel von Polen, Tschechien und Ungarn, wie sich staatliche *equality machineries* entwickelt haben, welche für die Übernahme des Gender-*acquis* zuständig sind. Mit den Auswirkungen der Osterweiterung auf die EU-Institutionen befassen sich *Leila Hadj-Abdou* und *Monika Mayrhofer* in ihrem Beitrag, der auf die Arbeit des Frauenausschusses des Europäischen Parlaments eingeht und thematisiert, welche Chancen und Probleme sich hier für eine Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westfeministinnen ergeben. *Nanette Funk* greift die Imperialismus-Kritik von Hardt/Negri u.a. auf, die auch in frauenpolitischen NGOs letztlich bloße Wegbereiterinnen des Neoliberalismus in den ehemals realsozialistischen Staaten sehen. *Funk* konfrontiert solche – auch feministischen – Kritiken mit empirischen Daten, welche auf eine sehr viel differenziertere Wirklichkeit in den Transformationsländern verweisen und damit vereinfachte Kritiken ins Leere laufen lassen. Mit dem Beitritt der zehn Neuen ist der EU-Erweiterungsprozess noch nicht abgeschlossen. *Mihaela Miroiu* zeigt, wie sich die Situation für Frauen in Rumänien nach 1989 und mit dem Annäherungsprozess an die EU verändert hat. Sie illustriert die Entwicklung eines rumänischen Feminismus, der stark theoretisch orientiert sei und damit reale Prozesse der Umverteilung verschlafen habe.

In der *Tagespolitik* setzen sich anlässlich der Ernennung Angela Merkels als erste Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland *Clarissa Rudolph* mit dem frauenpolitischen Gehalt der Politik Merkels und *Julia Lepperhoff* mit dem medialen Diskurs über den ihren Aufstieg an die Spitze auseinander. *Florence Hervé* erinnert zum 100. Geburtstag an die französische Ärztin, Widerstandskämpferin und Menschenrechtlerin Adélaïde Hautval. Den Schwerpunkt Osteuropa thematisieren auch die Beiträge von *Božena Chotuj* über die Frauenpolitik in Polen nach den Wahlen 2005 sowie von *Michaela Marksová-Tominová* über den Zusammenschluss von Frauenorganisationen der ehemaligen realsozialistischen Länder KARAT. *Anne Duncker* widmet sich dem Thema EU-Erweiterung im Hinblick auf die Türkei und die Wirkungen des Annäherungsprozesses im Bereich Menschenrechte und Religionsfreiheit. Schließlich wirft *Nadje Al-Ali* einen Blick auf die Konstitutionalisierung von Frauenrechten im heutigen Nachkriegs-Irak, wo Frauenrechte zum Spielball in religiösen und regionalen Konflikte werden.

Auch in den *Rezensionen* sowie in einzelnen *Tagungsberichten* wird das Thema Osteuropa, EU-Erweiterung und Gleichstellungspolitik aufgegriffen – neben vielen anderen Themen wie Arbeitsmarkt und berufliche Bildung, Frauenrechte in Krieg und Apartheid sowie neue theoretische Literatur.

Unter *Neues aus Lehre und Forschung* diskutiert *Regina Weber* die in der öffentlichen Debatte vernachlässigten negativen Auswirkungen, welche die Einführung von Studiengebühren auf die Chancengleichheit von Frauen hat. *Andrea Löther* stellt das Instrument und die Ergebnisse des zweiten CEWS-Hochschulrankings dar, das im Unterschied zu den meisten sonstigen Rankings auf geschlechterpolitische Kriterien fokussiert.

Bei den *Aktivitäten des AK „Politik und Geschlecht“ in der DVPW* steht in den Berichten des Sprecherinnenrates sowie aus Beirat und StAFF die Vorbereitung auf den DVPW-Kongress im September 2006 im Mittelpunkt. Die Redaktion lädt auf dem Kongress wieder gemeinsam mit dem AK-Sprecherinnenrat und dem StAFF zum Frauenempfang.

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht Euch wie immer,

Eure Redaktion

Vorschau auf die nächsten Hefte (Arbeitstitel):

- ▶ Heft 2/2006 Geschlecht in der politischen Kommunikation
- ▶ Heft 1/2007 Frauen – Gender – Diversity. Perspektiven theoretischer Konzepte und ihrer politischen Umsetzung (zum *Call for Papers*, s. S. 179 in diesem Heft)